

***Haushaltsrede der CDU Fraktion
im Rat der Stadt Sankt Augustin
durch den Fraktionsvorsitzenden Sascha Lienesch MdL***

Sitzung des Rates am 7. März 2024

- Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrter Kämmerin,

meine werten Kolleginnen und Kollegen Ratsmitglieder,

wir verabschieden heute unseren Haushalt für das Jahr 2024 – ohne Anhebung von Grund- und Gewerbesteuer und ohne Haushaltssicherungskonzept. Unter schwierigen Vorzeichen hat unser Bürgermeister im Dezember des vergangenen Jahres diesen Haushaltsentwurf vorgelegt.

Deswegen möchte ich gleich zu Beginn meiner Rede dem Bürgermeister, der Kämmerin, den Dezernenten und ihren Fachbereichen dafür danken. Die Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger waren aufgrund der Inflation sowieso sehr hoch und weitere Steuererhöhungen wären Gift gewesen. Das sind sie immer, aber in der jetzigen Zeit doch umso mehr.

Bürgermeister Max Leitterstorf hat einen genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf vorgelegt. Das unterscheidet ihn übrigens z. B. von einem Bürgermeister in einer Nachbarkommune, der dem Rat einen nicht-genehmigungsfähigen Haushalt zur Beratung vorgelegt hat.

Besonders bemerkenswert finde ich, dass der Bürgermeister gemeinsam mit dem Verwaltungsvorstand sämtliche Wünsche nach neuen Stellen aus dem Haus – es gab über 50 Stellenwünsche – eine Absage erteilt hat und durchgesetzt hat, dass keine neuen Stellen im Haushalt 2024 angemeldet werden. Der Bürgermeister hat sich damit innerhalb des Hauses sicher keine Freunde gemacht.

Dadurch, dass Aufgaben immer mehr steigen und der Tatsache, dass keine neue Stellen vorgeschlagen werden, leisten die Beschäftigten der Stadt einen großen Konsolidierungsbeitrag, denn die Aufgaben müssen ja trotzdem gestemmt werden.

Beim Thema Personal kommen wir jetzt zu den Anträgen der Ampel aus dem Finanzausschuss von vorgestern.

Zunächst versehen Sie eine Stelle im **Bereich der Öffentlichkeitsarbeit** mit einem KW-Vermerk, wissend, dass der Inhaber der Stelle auf eigenen Wunsch die Stadtverwaltung verlässt.

Der Mitarbeiter hat bisher die Social-Media-Aktivitäten verantwortet und vor allem für die Fachbereiche mit Öffentlichkeitswirkung Print-Produkte wie Flyer, Facebook-Grafiken, Banner etc erstellt. Zudem war er stv. Sprecher unserer Stadt und vertrat den Pressesprecher bei Urlaub und Krankheit.

Sie streichen jetzt diese Stelle, beantworten aber die Frage nicht, wie die bisherigen Aufgaben künftig erledigt werden sollen. Das kippen Sie dem Bürgermeister vor die Füße. Einen Haushaltsantrag für die externe Vergabe von Agenturleistungen haben Sie nicht gestellt.

Herr Bürgermeister, ich ermuntere Sie ausdrücklich ihre Möglichkeiten als Chef der Verwaltung zu nutzen, um weiterhin die mittlerweile hervorragende Öffentlichkeitsarbeit der Stadt fortzusetzen.

Dann der nächste Streich: Sie schaffen eine zusätzliche EG 12 Stelle für das Rechnungsprüfungsamt. Selbstverständlich schätzen wir die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes, als das Amt für den Stadtrat. Unsere Ablehnung der weiteren Stelle hat nichts mit der Arbeit des RPA zu tun.

In Zeiten, wo aber 50 Stellenwünsche aus den verschiedenen Bereichen nicht erfüllt werden können, eine Stelle sogar gestrichen wird, da schaffen Sie eine Stelle EG 12, um ihre politischen Prüfungswünsche abbilden zu können. Es ist ja nicht so, als ob das RPA seinen gesetzlichen Pflichten nicht nachkommen könnte, sondern es geht Ihnen nur um Sonderwünsche der Politik. Dass das ausgerechnet im Jahr 2025 erfolgen soll spricht auch für sich. Ein Schelm wer Böses dabei denkt.

Nach der Streichung einer Stelle im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, einer jetzt nicht erforderlichen Einrichtung einer Stelle im RPA haben Sie dann noch den Haushaltsbegleit Antrag verabschiedet, der Bürgermeister möge 10 Stellen identifizieren, die mit einem kw-Vermerk ausgestattet werden können. Während es also rund 50 Stellen zusätzlichen nicht erfüllten Mehrbedarf gibt, möchten Sie weitere 10 streichen.

Die Botschaft von Ihnen in die Verwaltung: 10 Personen werden eigentlich gar nicht gebraucht und können wegrationalisiert werden. Welch ein Signal!

Zu guter Letzt haben Sie im Finanzausschuss einen Antrag zur Einrichtung einer Hausmeisterstelle gestellt und beschlossen, damit städtische Räumlichkeiten für Kultur- und Sportveranstaltungen und für Kunstschaffende auf- und abgeschlossen werden können. Im Ziel waren wir uns da einig und haben den Antrag begrüßt. Wir haben jedoch einen praktikablen Gegenvorschlag gemacht, der die Stadt weniger als die Hälfte gekostet hätte und mehr Flexibilität gebracht hätte. Die Intention Ihres Antrags wäre

erfüllt worden – nochmal: Für die Hälfte der Kosten. Wie ist das denn in Einklang zu bringen mit dem Wunsch nach Reduzierung der Personalkosten?

Ich könnte jetzt noch weitere Punkte nennen wie die von Ihnen beantragte Neuplanung der FTZ und andere Dinge, die wir nicht richtig finden. Im Rahmen der Haushaltsrede möchte ich aber darauf verzichten.

CDU-Anträge

Die CDU-Fraktion hat in den Haushaltsberatungen sehr pragmatische Vorschläge gemacht. Einigen Anträgen haben Sie ja auch zugestimmt. Dafür danken wir. Exemplarisch gehe ich auf ein paar davon ein:

Wir haben eingebracht, dass der **Kommunale Ordnungsaußendienst Funkgeräte** bekommt, da die Ordnungsbehörden nun auch am BOS-Funk teilnehmen dürfen. Das konnte die Verwaltung noch nicht berücksichtigen bei der Haushaltsaufstellung, weil die entsprechende Verordnung erst danach durch das Land erging. Wir halten das für absolut sinnvoll und zeitgemäß und möchten unserem Ordnungsamt damit alle Möglichkeiten geben. Seitdem der Bürgermeister für das Ordnungsamt zuständig ist, hat es eine wirkliche Verbesserung in der Ausstattung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegeben. Vielen Dank dafür.

Wir haben mit einem Antrag Sorge getragen, dass die Software **WinkIGA zur Berechnung der Geschwisterkindbeiträge** im OGS-Bereich erweitert werden kann, damit die Verwaltung weiter möglichst effizient und softwareunterstützt die Beiträge berechnen kann.

Apropos Geschwisterkindregelung bei OGS-Beiträgen: Ich war doch sehr verwundert, dass die Grüne-Fraktion in den sozialen Netzwerken diesen Punkt für sich reklamiert. Die Idee hatte die CDU und im Sinne einer konstruktiven Zusammenarbeit bei dem komplexen Thema hat Kollege Christopher Beckmann am Abend vor der JHA-Sitzung diesen Vorschlag an die Ampel kommuniziert. Am Tage der Sitzung taucht diese Idee dann im Ampel-Antrag auf und jetzt wird es so dargestellt, dass der Punkt auf Antrag der Ampel beschlossen wurde.

Finden Sie das nicht unredlich? Feiern Sie sich für Ihre Ideen – das gehört zur Politik dazu, aber verkaufen Sie keine Ideen, die nicht von Ihnen kommen.

Und dass die FDP auf Facebook schreibt, dass die Neuregelung zum 01.04.2024 – ich zitierte „auf Druck der Verwaltung“ kommt ist auch Quatsch. Denis Waldästl als Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses hat selbst stets betont, dass das von vorneherein klar war. Feiern Sie sich für Ihre Ideen, aber bleiben Sie bei der Wahrheit.

Mich freut, dass unser Antrag einstimmige Zustimmung gefunden hat, dass der **FC Sankt Augustin zur Vollendung der Erweiterung des Clubheims** einen Zuschuss der Stadt von 15.000 Euro erhält. Das ist gut angelegtes Geld. Der Verein leistet – wie die anderen Vereine in Sankt Augustin auch – sehr gute Arbeit.

Zu guter letzt haben wir auf Antrag der CDU eine moderate Anhebung der Vergnügungssteuer beschlossen. Auch ein Schritt, den man im wahrsten Sinne des Wortes nicht mit Vergnügen macht, aber dies soll die Einnahmesituation der Stadt ein Stück weit verbessern.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen,

die Haushaltssituation ist nach wie vor sehr angespannt, auch wenn wir durch die hervorragende Arbeit der Verwaltung es geschafft haben, einen genehmigungsfähigen Haushalt ohne Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuern aufzustellen und ohne die Gefahr eines Haushaltssicherungskonzeptes. Ob das hohe Defizit nun über einen Verlustvortrag auf künftige Jahre verschoben wird oder aus der Ausgleichsrücklage genommen wird. Defizit bleibt Defizit.

Die nächsten Haushaltsberatungen für 2025 werden sicher nicht einfacher – auch im Lichte der Grundsteuerreform. Insgesamt finde ich, dass Kommunalpolitik komplexer geworden ist.

Natürlich gehört der Wettstreit der Ideen zu einer lebendigen Demokratie dazu. Wir sind unterscheidbar und das darf auch so bleiben. Lassen Sie uns konstruktiv im Sinne der Bürgerinnen und Bürger streiten. Aber bitte immer mit Respekt voreinander. Das habe ich insbesondere im vergangenen Jahr oft vermisst.

Vielen Dank.